

## Ein Vorschlag zur Wandzeitung

Genosse H. B., Erfurt, schlägt vor:

Es müßte möglich gemacht werden, einmal im Monat eine richtiggehende fertige Wandzeitung von Fachleuten zusammenzustellen und den Betrieben zur Verfügung zu stellen. Diese Zeitung müßte in aller kürzester Form alles bringen, was den Schaffenden interessiert, sie müßte mit Bildern und Karikaturen aufgelockert werden. Und an passender Stelle müßte Platz gelassen werden für Nachrichten aus dem Betriebe.

Macht einen Versuch und nehmt zum Beispiel die beiden innersten Seiten des „Neuen Weg“. Die könnten wir dann vorsichtig heraustrennen und am Brett anschlagen. Später muß dann die Zeitung auf Zeitungsformat gebracht werden.

*Nachbemerkung der Redaktion:* Genosse B. bat uns, diesen Vorschlag, den wir aus seinem Artikel über Wandzeitungen (siehe „Neuer Weg“ Nr. 5, Seite 31) herausgenommen hatten, zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen. Wir kommen hiermit dem Wunsche des Genossen nach, wobei wir am gleichen Platz auch den Standpunkt der Redaktion darlegen wollen:

Wir halten den Vorschlag des Genossen B. nicht für annehmbar, und zwar aus folgenden Gründen: Eine Wandzeitung soll nie die Tageszeitung oder Gewerkschaftszeitung ersetzen. Sie soll vielmehr eine konkrete Ergänzung der Tagespresse sein, die alle die unmittelbaren Betriebs- und Lebensfragen der Belegschaft des betreffenden Betriebes oder Unternehmens aufrollt, die wegen ihres ausgesprochen lokalen Charakters und wegen Platzmangels in einer Tageszeitung nicht aufgenommen werden können. Wir halten es sogar für falsch und überflüssig, aus einer Wandzeitung den Abklatsch einer Tageszeitung zu machen, denn dann kann sie ihren Zweck nicht erfüllen. Welche Angelegenheiten gehören also in die Wandzeitung? In erster Linie ausgesprochene Betriebsangelegenheiten (Arbeits-, Produktionsfragen, Fragen des Arbeitsschutzes, gewerkschaftliche, Jugend- und Frauenfragen des Betriebes, Fragen der Betriebsküche usw.), Beiträge zur Klärung politischer und anderer Fragen, die in dem betreffenden Unternehmen gerade diskutiert werden, zu besonderen Ereignissen im Ort, Kreis und Betrieb, zur Beteiligung an Kampagnen — zum Beispiel wie sich die Belegschaft des Betriebes an der Sicherung der Ernte beteiligt —, die Erörterung von Kommunalfragen des betreffenden Ortes u. a.

Je näher die Wandzeitung mit ihrem Inhalt dem Leben und den Interessen der Belegschaft kommt, um so besser erfüllt sie ihren Zweck, um so mehr wird sie gelesen werden. Jedoch dieses Ziel kann niemals mit einer zentralen Wandzeitung erreicht werden, weil ja die konkreten Fragen den Verfassern einer zentralen Wandzeitung nicht so bekannt sind, allgemeine Beiträge hingegen ihren Zweck verfehlen. Der Vorschlag, zwei Seiten „Neuer Weg“ als Wandzeitung aufzumachen, wäre nicht nur aus den hier angegebenen Ursachen, sondern auch aus technischen Gründen nicht gut möglich. Was könnte schon auf diesen zwei Seiten gebracht werden? Auf keinen Fall eine vorbildliche Wandzeitung.

Was aber brauchen wir?

Um unseren Parteimitgliedern Anregung und Hilfe zu geben, brauchen wir Berichte der Genossen, die sich mit Wandzeitungen



befassen. Aus den Berichten sollte hervorgehen, wie die Genossen es machten und was sie unternahmen, eine Wandzeitung zustande zu bringen. Es sollte auch möglichst ein Foto hinzugefügt werden, um zu zeigen, wie diese Wandzeitung aussieht und welche Fragen sie aufrollt.

## Lest, um zu lernen!

Genosse H. Sippel, Berlin, bittet uns um Veröffentlichung folgender Zeilen:

Die „Berliner Zeitung“ brachte in ihrer Ausgabe vom 8. Juni 1947 einen Aufsatz der in Moskau erscheinenden Zeitschrift „Neue Zeit“ zum Abdruck, betitelt „Was steckt hinter den Plänen der Aufteilung Deutschlands?“ von A. Leonidow. In ihm schildert der Verfasser in klar verständlicher Weise, welche bewegenden Kräfte hinter den so eifrig propagierten Vorschlägen eines deutschen Staatsaufbaues auf föderaler Grundlage stehen. Die Werktätigen des europäischen Kontinents haben kein Interesse an einer Aufteilung Deutschlands in Zwergstaaten und —\* wenn diese Pläne durchgeführt würden — damit Europas. Also sind es die Kreise, in deren politischem Wortschatz, wie der Verfasser sagt, „die Begriffe ‚Markt‘, ‚Aktien‘, ‚Einflußsphären‘ an hervorragender Stelle stehen“. Wie der Autor des Artikels dies im einzelnen darstellt, ist eine meisterliche Analyse der politischen Lage und es wäre zu wünschen, daß recht viele Werktätige den wertvollen Beitrag lesen würden; denn der werktätige Leser erkennt daraus, wofür er sich entscheiden muß, wenn er seine Haut für die Interessen des Kapitals nicht noch einmal zu Markte tragen will. Er muß sich für die Einheit Deutschlands, für die Einheit der Arbeiterschaft gegen den Kapitalismus und für die Macht der werktätigen Bevölkerung entscheiden.

## Öffentliche Entnazifizierung

Genosse J. Wildner, Annaberg, regt an:

Zu dem Artikel der Genossin E. Dölling in Nummer 5 „Neuer Weg“ ... und noch einmal zur Entnazifizierung“, in dem es am Schluß heißt, daß die Entnazifizierungskommissionen meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeiten, wäre folgender Vorschlag zu erwägen:

Die Entnazifizierungskommissionen in den einzelnen Gemeinden und Städten sollen die Namen derjenigen mit Adresse bekanntgeben, die zur Entnazifizierung kommen sollen. (In Berlin geschieht das z. B. bereits. Red.)

Die Bekanntgabe kann in den örtlichen amtlichen Anschlagkästen oder in der Presse mit dem Hinweis erfolgen: „Wer soll entnazifiziert werden?“ Diese nament-

liche Bekanntmachung mit Terminangabe würde die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen und manche Entnazifizierungskommission würde sich wundern, wie stark die Teilnahme an den Verhandlungen ist. Darüber hinaus würde sich aber auch die praktische Mitbeteiligung der Öffentlichkeit bei der Entnazifizierung steigern. So manche Zeugen gegen oder auch für den zu Entnazifizierenden würden sich mündlich oder schriftlich melden, Zeugen, die Beweise oder Gegenbeweise brächten.

Die Kommissionen könnten diese Mitarbeit der Öffentlichkeit nur begrüßen, da sie in den meisten Fällen kaum Zeit und Gelegenheit haben, reich- und stichhaltige Unterlagen und Material selbst zu sammeln. In den Anschlägen sollte die Bevölkerung zur Mitarbeit aufgefordert werden.

Auf diese Art würde auch manche Fehlentnazifizierung vermieden werden.

## Kreispartei- und Lehrgang Karl Marx

Genosse F. S., Arnstadt, macht folgenden interessanten Vorschlag für alle Kreispartei-schulen:

Die Kreispartei-schule Erfurt gibt jedem Lehrgang einen besonderen Namen, zum Beispiel Karl Marx, Franz Mehring, August Bebel, Rosa Luxemburg u. a. Die Namensgebung wird den Schülern in der ersten Schülerversammlung selbst überlassen. Am Ende eines jeden Lehrganges wird dann durch einen oder mehrere Genossen ein Vortrag über die Persönlichkeit aus der Arbeiterbewegung gehalten, deren Namen der Lehrgang trägt. Das Material wird von den Genossen selbst zusammengetragen, wobei nicht nur Wert auf die politische Bedeutung, sondern auch auf die Herausarbeitung der menschlichen Eigenschaften dieser Männer und Frauen gelegt wird. Durch Rezitationen, Bilder, Losungen usw. über ihr Wirken sowie aus ihren Werken erhält der Abend dann eine besondere Note. Die Methode hat sich sehr gut bewährt und gibt den Teilnehmern auch eine festere Bindung an den Lehrgang, indem sie nicht einfach dem Schulungslehrgang Nr. 1, 2 oder 3, sondern eben dem Kreisschulkursus Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht, Clara Zetkin usw. angehört haben.

## Mehr Geduld und Sorgfalt I

Aus einem Brief der thüringischen Genossin Edith H.:

Unsere wichtigste Aufgabe ist die Schulung neuer Genossen und ihre Heranziehung zur Mitarbeit. Durch die Kreisschulen wird die Partei viele junge, frische Kräfte bekommen. Aus eigener Beobachtung möchte ich die Genossen auf eine Gefahr aufmerksam machen, die sich bei einiger Überlegung und richtigem Vorgehen vermeiden läßt:

Ich habe junge aktive Genossen, die durch ihre praktische gute Arbeit auf sich aufmerksam machten und später zur Kreisschule geschickt wurden, in ihrer Entwicklung beobachtet. Sie waren mit Eifer beim Lernen und übernahmen nach Abschluß der Schuld eine Funktion. Trotzdem alle theoretischen Voraussetzungen vorhanden waren, erfüllten sie die Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte, nicht.